

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,80 Mk. — Text- und Veranlagungsbeilage kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbeilage werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bodum, Wismarstraße 39-42. Telefon-Nr. 98 u. 99. Telegr.-Adr.: VVB-Bodum.

Antworten des Kriegsernährungsamtes.

Berlin, den 21. August 1916.

An den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, z. S. des Vorsitzenden Herrn Sachse, M. d. R., Bodum.

Auf die vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands gemeinsam mit dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands, der Polnischen Berufsvereinsigung der Bergarbeiter und dem Gewerksverein der Bergarbeiter (Hirsch-Dunder) an das Kriegsernährungsamt gerichtete Eingabe vom 11. August 1916 beziehe ich mich folgendes zu erwidern:

Ueber die Frage, ob eine Bevorzugung der gelben Werkvereine bei der Verteilung behördlich rationierter Lebensmittel stattgefunden hat, sind Erhebungen eingeleitet. Das Kriegsernährungsamt steht auf dem Standpunkt, daß die behördlich rationierten Lebensmittel gleichmäßig zu verteilen sind, und würde eine Abweichung von diesem Grundsatz nicht billigen können. Bevor ein endgültiges Urteil über Ihre Beschwerden abgegeben werden kann, muß jedoch eine genaue Ermittlung des Sachverhalts an Ort und Stelle stattfinden. Dagegen, daß die Werkvereine nichtrationierte Lebensmittel kaufen und an ihre Mitglieder weiterverkaufen, bestehen selbstverständlich ebensowenig Bedenken, wie dagegen, daß Konsumvereine die gleiche Tätigkeit ausüben.

Die verschiedene Preismessung bei Verteilung des Specks erklärt sich daraus, daß die Zechen zugunsten ihrer Arbeiter in größerem oder geringerem Maße unter ihren Selbstkostenpreis — der 4 Mark *) — nicht unwesentlich übersteigt — heruntergehen. Ein Zwang auf die Zechen, nicht den vollen Selbstkostenpreis zu berechnen, kann nicht ausübt werden, und es liegt auch kein Grund zur Beschwerde vor, wenn einzelne Zechen ihren Arbeitern besondere Vergünstigungen gewähren.

Die Protrationen für Schwerarbeiter werden durch die in Vorbereitung befindliche Neuordnung der Brotversorgung einheitlich neu festgesetzt werden. Die allgemeinen Anordnungen hierüber werden voraussichtlich Anfang September ergehen.

Der Kartoffelpreis konnte nicht niedriger festgesetzt werden, wenn nicht die Bereitstellung der erforderlichen Vorräte für Ernährungszwecke gefährdet werden sollte. Es wird dafür gesorgt werden, daß der Preis von 4,75 Mk. frei Keller für den Winter nicht überschritten wird und daß der Kleinverkaufspreis 0,55 Mk. für 10 Pfund nicht überschreitet.

Der Ankauf der wichtigsten Lebensmittel im Ausland ist in der Hand der Zentral-Einkaufsgesellschaft monopolisiert und es ist Vorzage getroffen, daß die Auslandsware zu angemessenen Preisen im Inlande zum Verkauf kommt. Wenn Händler versuchen sollten, Inlandsware als Auslandsware unter Ueberschreitung der für Inlandsware geltenden Höchstpreise zu verkaufen, so würden die betreffenden Händler sich eines Vergehens gegen die Höchstpreisverordnung schuldig machen und gerichtliche Bestrafung verdienen. Es kann nur anbegehrt werden, solche Fälle bei der Staatsanwaltschaft oder bei den Preisprüfungsstellen zur Anzeige zu bringen. Die Festsetzung einheitlicher Preise für Inlandsware und Auslandsware läßt sich nicht allgemein durchführen.

Ich darf ergebenst bitten, die mitunterzeichneten Verbände von vorstehendem Bescheide in Kenntnis zu setzen. Drei Abdrücke liegen zu diesem Zwecke bei.

Berlin, den 23. August 1916.

An den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, z. S. des Herrn Sachse, Bodum.

Im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier ist eine Beunruhigung unter den Bergarbeitern entstanden, die unter anderem damit erklärt wird, daß ihnen nicht diejenige Menge an Speck geliefert worden sei, über welche ich mit Vertretern der Arbeiterchaft am 20. Juni 1916 in Düsseldorf gesprochen habe. Meine Erwartung, daß überall etwa 2 Pfund verteilt werden könnten, läßt sich in der Tat nicht voll verwirklichen. Die Zechen haben aus der von mir Ende Juni zur Verfügung gestellten Menge nur etwa 1 Pfund auf den Kopf verteilen können. Wenn daneben von den Gemeinden Speck verteilt worden ist, so kommt er aus einer früheren Ueberschusszeit, die noch nicht so geregelt war, daß überall gleichmäßige Rationierungen verteilt werden konnten.

Da aber jetzt weitere Vorräte nicht verfügbar sind, ist es leider nicht möglich, die entstandenen Ungleichheiten nachträglich auszugleichen.

Was sagt das Kriegsernährungsamt dazu?

Die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen werden wohl noch Gelegenheit haben, sich an zuständiger Stelle über die Antworten des Kriegsernährungsamtes zu äußern. Weil aber eine durchgreifende Besserung der Ernährungsschwierigkeiten nicht in Aussicht gestellt werden konnte — wir wissen die sich hiergegen ausbreitenden jählichen Schwierigkeiten durchaus zu würdigen — halten wir es für notwendig, hier nochmals die Beilegung der Erbitterung unter den Belegschaften zu erregen. Die Behörden würden sich in einem gefährlichen Irrtum befinden, wenn sie diesen Mißstand so gering achteten wie ihnen das in dem wieder mal heftig über die angeblichen „Streikgewerkschaften“ schimpfenden gelben „Werkverein“ zugehört wird. Im direkten Gegenteil zu der unbeweisbaren Behauptung des „Werkvereins“ (Nr. vom 26. August) erklären wir, daß in dem betr. Falle die Gewerkschaftsführer erst nach erfolgter Arbeitseinstellung von ihr erfahren und nun auch erst arbeitseinstellungs die Mitteilung erhielten, die Bevorzugung der Gelben habe die Erbitterung zum Ausbruch gebracht! Eine Umfrage bei zahlreichen an-

deren Belegschaften erwies, daß die Extraverteilung von Lebensmitteln an die Gelben keineswegs vereinzelt geschah (und geschieht). Daraus ergab sich für die Gewerkschaftsführer die Verpflichtung, die Behörde um Beseitigung jener unruhigstellenden Gelbenbegünstigung zu ersuchen. „Konkurrenzneid“ treibt uns nicht dazu, die Kriegserfahrungen sorgen schon gründlich dafür, daß die gelben Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Wir lehnen es grundsätzlich ab, uns mit dem gelben „Werkverein“ über „Burgfrieden“ u. dgl. zu unterhalten. Eine Unterhaltung mit dem Vortier ist bloße Zeitvergeudung. Der Herr mag uns selber seine Meinung sagen, statt den Diener sein Sprüchlein hertragen zu lassen. Gaben die vereinigten Werksbesitzer das begriffliche Bedürfnis, den angeblichen „Streikgewerkschaften“ etwaige Mitteilungen zu machen, so sind die Vertreter der Bergarbeiterverbände jederzeit zu einem direkten Meinungsaustausch bereit. Man benütze doch nicht mehr den unglückseligen „Werkverein“, wir wissen ja doch, was wir an ihm haben. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß in dieser hochkritischen Zeit die Vertreter der vereinigten Werksbesitzer es immer noch ablehnen, sich mit den Vertretern der Bergarbeitergewerkschaften ins Benehmen zu setzen, um mit ihnen die geeigneten Mittel zur möglichsten Befriedigung der Arbeiterbedürfnisse zu besprechen. Wer das nicht will, läßt eine große Verantwortung auf sich.

Weit mehr als wir erwartet haben, gibt der extremst über-eifrige „Werkverein“ an, daß in der Nahrungsmittelbeschaffung schwere Mißstände herrschen. Das Gelbenblatt gesteht nämlich folgendes ein: Nach Ausbruch des Krieges hätten sich die gelben Vereine zu „Beziehergruppen“ zusammengesetzt.

Die Werkvereine sind dank ihrer rührigen Arbeit in der Lage gewesen, ihren Mitgliedern bei der sehr schwierigen Lebensmittelbeschaffung manche Erleichterungen zu verschaffen. Im Gegensatz zu den Streikgewerkschaften, die es lediglich bei hochtönen Worten bewenden ließen, haben die Werkvereine sich mehr auf Taten verlassen. Das hatte zur Folge, daß den Werkvereinsmitgliedern recht oft (!!!) Lebensmittel zur Verfügung standen, die im freien Handel schlecht zu beschaffen waren. Es ist die Einkaufsvereinigung der Werkvereine des Essener Bezirkesverbandes auch (!!!) nach Eintritt der großen Fettknappheit noch längere Zeit in der Lage gewesen, beträchtliche Mengen Margarine heranzuschaffen.

Die Ueberrichten des Blattes über die Nutzlosigkeit der „Streikgewerkschaften“ sind ja nicht ernst zu nehmen. Würde der Gelbenredakteur anders schreiben, so bekäme er von seinem Prinzipal den Laufpaß. Also bedauern wir den Mann.

Uns kommt es auf die Eingeständnisse des Gelbenblattes an:

Den Gelben haben „recht oft“ Lebensmittel zur Verfügung gestanden, „die im freien Handel schlecht zu beschaffen waren“!!!

Die Gelben haben auch „noch längere Zeit...“ nach Eintritt der großen Fettknappheit „beträchtliche Mengen Margarine“ erhalten!!!

Was sagt das Kriegsernährungsamt zu diesem Eingeständnis? Was sagt dazu Herr Bergwerksminister Sydow? Bei ihm sind bereits im Oktober 1915 die Gewerkschaftsvertreter vorstellig geworden wegen des großen Mangels an fetthaltigen Nahrungsmitteln für die Bergarbeiterbevölkerung. Damals schon konnten wir dem Herrn Minister berichten, daß nicht etwa sage, sondern nicht selten noch länger nicht etwa vereinzelt Bergarbeiterfamilien fast gänzlich ohne Schmalz, Butter, Margarine, Speck, Wurst, Fleisch etc. Der Herr Minister versicherte uns durchaus glaubwürdig, seine Verwaltung täte was sie könne für die Versorgung der Arbeiter mit Fettwaren, aber es halte ungeheuer schwer, auch nur eine nennenswerte Menge zu beschaffen.

Das Gelbenorgan gesteht nun ein, seine „Einkaufsvereinigung“ habe „recht oft“ Lebensmittel, die „im freien Handel schlecht zu beschaffen waren“, erhalten, auch noch „beträchtliche Mengen Margarine“, als die große Fettknappheit schon längere Zeit eingetreten war, also in einer Zeit, wo unter einem großen Teil der Bergarbeiterbevölkerung bereits schon bitterer Mangel an fetthaltiger Nahrung herrschte, da verlorsten sich die Gelben extra durch ihre Dedresse mit beträchtlichen Nahrungsmittelmengen! Es wird das „allgemeine Opfer für die vaterländischen Interessen“ von den Gelbenführern praktisch geübt!!! Nimm die was, dann hast du was.

Woher konnten sich die Gelben diese Lebquismittel verschaffen? Von woher wurden ihnen die beträchtlichen Mengen Margarine geliefert? Daß die „Einkaufsvereinigung der Werkvereine“ nur eine Dedresse darstellt, darüber ist sich alles einig, wenn auch der „Werkverein“ den unglücklichen Versuch riskiert, es anders glaubhaft zu machen. Der fiskalischen Bergwerksverwaltung (der ein Millionenfond zur Verfügung steht), die doch unermesslich viel weitere Geschäftsbeziehungen hat wie irgend eine „Einkaufsvereinigung“ vom Werkverein, diese Bergwerksverwaltung war schon im Winter 1915 nicht in der Lage, entsprechend nennenswerte Mengen Fettwaren für ihre Belegschaften einzukaufen. Die sogenannte „Einkaufsvereinigung“ der Gelben im Kreise Essen aber erhielt noch längere Zeit nach Eintritt der größten Fettknappheit — das war im Frühjahr 1916 — „beträchtliche Mengen Margarine“!!! Woher? Wo besaßen (und befinden?) sich die Samstierlöcher?

Im Frühjahr 1916 trat die große Fettknappheit auf und ist dann auch in dem Essener Bezirke eine strenge behördliche Rationierung der Fettwaren pro Kopf erfolgt. Der „Werkverein“ versichert, rationierte Waren seien von den gelben Vereinen überhaupt nicht abgegeben worden. Wenn das richtig wäre, ja wo sind denn die „beträchtlichen Mengen Margarine“ geblieben, die sogar „noch längere Zeit nach

Eintritt der großen Fettknappheit“, wo auch die Rationierung erfolgte, herangeschafft wurden?

Unsererwegen können die Gelbenvereine in normalen Zeiten so viel Lebensmittel verkaufen, wie das Zeug hält, wenn sie meinen, durch dieses Linsengericht Nachläufer heranziehen zu können, heute aber leben wir in einer Zeit allgemeiner Lebensmittelknappheit, wo alles darauf ankommt, daß alle vorhandenen Lebensmittel, nicht nur die bis jetzt rationierten, gleichmäßig auf pro Kopf der Bevölkerung zur Verteilung kommen. Das Bewußtsein, die vorhandenen Lebensmittel werden gerecht verteilt, löst die Arbeiterchaft die vorläufig nicht zu ändernde Nahrungsmittelknappheit leichter ertragen. Gelbeschehen aber irgend welche und irgendwo Sonderbegünstigungen, wie die Lebensmittelverteilung an Gelbe, dann entsteht naturgemäß darüber eine Unzufriedenheit unter den benachteiligten Belegschaften, und das eben wollen wir verhindern!

Als die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände wegen der Nahrungsmittelversorgung im Handelsministerium und später beim Kriegsernährungsamt vorstellig waren, da ist es keinem von ihnen eingefallen, Sonderbeihilfen in der Ernährung für irgend eine Arbeitergruppe zu verlangen, etwa nachdem ob sie uns freundlich oder feindlich gegenübersteht. Wir verlangen keine Sonderbeihilfen für die untrigen, bekämpfen darum auch die Sonderbegünstigungen der anderen.

Die Gewerkschaftsvertreter haben stets die gleichmäßige Verteilung aller Belegschaftsteile bei der Verteilung der Nahrungsmittel (abgesehen von der größeren Ration der Schwerarbeiter überhaupt) verlangt und empfohlen, sie am besten durch die Gemeindeverwaltungen ausführen zu lassen. Wir verlangen nochmals, daß zur Beruhigung der Belegschaft die Behörden jede gesonderte Nahrungsmittelverteilung verbieten.

Daß eingeständenermaßen den gelben Werkvereinen gesondert selbst in der Zeit der größten Lebensmittelknappheit noch erhebliche Nahrungsmittelmengen, sogar noch beträchtliche Mengen Margarine zugeführt werden konnten, beweist wieder einmal, daß es „großzügige“ Samstier verstehen, sehr bedeutende Nahrungsmittelmengen der amtlichen Kontrolle zu entziehen. Was sagt das Kriegsernährungsamt dazu? Vielleicht fordert es nun kategorisch die „Einkaufsstelle“ auf, anzugeben, aus welchen Samstierlägern ihre „recht oft“ gewiß nicht geringen Warenmengen ihnen zugehen, die „im freien Handel schlecht zu beschaffen waren“. Was an Lebensmittel im Lande ist, muß für die gleichmäßige Verteilung pro Kopf bereitgestellt werden. Sonderbegünstigungen, unter welcher Form sie immer auftreten, erzeugen Erbitterung und was daraus folgt.

Der Krieg als Lehrmeister.

Es gibt Leute, die sich wundern wie klug und sogar „radikal“ vorzukommen, wenn sie sich rühmen: „Ich habe nicht umgelernt!“ Es ist das unverwundliche Unrecht der Wismutminen und der orthodoxyen Bonatifer, geistig immer auf demselben Fleck stehen zu bleiben. Wer die Kriegszeit aber als den Fenster der Mensch erlebt, der kann nicht von sich sagen, sie habe seine geistige Beschaffenheit gänzlich unberührt gelassen, es sei in seiner wirtschaftlichen, politischen und sittlichen Anschauungsweise „alles beim alten“ geblieben.

Wir haben deshalb auch die im ersten Kriegsjahre öfteren Beteuerungen seitens Vertreter anderer Gewerkschaftsrichtungen: Die Kriegserfahrungen hätten sie „feinstens zum Umslernen“, vorläufig zu den Alten genommen in der Gewissheit, daß sich noch manches wenden könne. Unsere Erwartung ist nicht getäuscht worden.

Nun mehrten sich aus dem Lager der christlichen oder christlich-nationalen Arbeiterorganisationen die Stimmen, welche anführen, daß dort die harte Kriegszeit eine fruchtbare, hoffentlich nachhaltige Lehrzeit bedeutet. Es ist feinstenswegs eine Raumüberwindung, wenn wir nachfolgend unsere Leser mit einigen dieser recht bemerkenswerten Rundgebungen bekannt machen; betreffen sie doch jetzt schon, nach dem Kriege aber doppelt wichtige soziale Angelegenheiten.

Weit entfernt von dem Glauben naiver Seelen an eine so ausagen kampfslose Erfüllung der Arbeiterforderungen an Reich, Staat und Unternehmertum ist das Organ des Zentralverbandes christlicher Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter, die „Gewerkschaftsstimme“, wenn sie schreibt:

„Kaum hatte die Reichsregierung von einer Neuorientierung in der inneren Politik gesprochen, da häumten sich auf die Feinde der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit anderen Ständen und offenbarten ihr arbeitserindisches Herz. Dem Reichstanzler wurden allerhand Schwierigkeiten gemacht. Wie es scheint, wird sogar die neue Ernte dazu benutzt, um die Reichsleitung vor möglichst viel innere Schwierigkeiten zu stellen. Das Volk soll wohl öftern und kämpfen, aber nichts zu sagen haben.“

Die Arbeitgeberverbände rühen mit Macht, um nach dem Kriege herrschen zu können. Man rechnet auf die großen Ausgaben und die verminderten Einnahmen der Gewerkschaften. Die Industrie heimt dagegen große Gewinne ein und zieht somit einer Füllung der Arbeitgeberverbände nichts im Wege. Der Hunger nach Profit und Reichtum ist auch nach dem Kriege bei den Besitzenden kaum zu stillen. Die sonderbarsten Erfahrungen macht man auch jetzt im bürgerlichen Leben. Der Gelbschad herrscht überall. Ringen müssen wir um jedes Zugeständnis.“

So schreibt ein christliches Gewerkschaftsblatt im dritten Kriegsjahr. Vom Vertrauen auf eine harmonisch sich vollziehende Neuorientierung zugunsten der „niedrigen Stände“ ist das Blatt nicht beschwert. Und da gibt es selbst in sozialdemokratischen Parteifreien noch Persönlichkeiten, welche wer weiß wie „radikal“ zu sein glauben, wenn sie dasselbe prophezeien wie die christliche „Gewerkschaftsstimme“.

Weiter erklärt sich auch die „Baugewerkschaft“, Organ des christlichen Bauarbeiterverbandes, daß die

*) Vom Landkreis Essen wurde das Pfund Speck zu 254 Pf., von der Stadt Essen zu 270 Pf. an die Zechen abgegeben.

einflussreiche rechtsstehende (politische) Partei", der das Kriegsziel des Reichstages nicht weit genug gehe, deren eigentliche Absicht jedoch die Befestigung des Reichstages sei, weil er den Arbeitern volkswirtschaftliche innerpolitische Reformen versprochen habe. Dazu schreibt die „Baugewerkschaft“:

„Nun, wenn diese Richtung etwas fordert oder etwas geben soll, dann verlangt es angeblich öffentliches Interesse, daß es in ihrem Sinne gemacht wird. Das kann man nur verstehen, wenn man sich klarmacht, daß diese Kreise immer noch meinen, sie seien das Vaterland, der Staat und die Gesellschaft.“

Das Blatt schildert die Schrecken der Schlachten, die Trauer und das Elend daheim, und es schreibt dann:

„Ein Staatsmann, der unter solchen Umständen nicht alles täte, was in seiner Macht stünde, um das Vaterland zu befreien, müßte vor der Geschichte als ein Verbrecher an seinem Volke dastehen.“

Zu der Politik der Reichsleitung hat die „Baugewerkschaft“ das vollste Vertrauen. „Entschieden es Mißtrauen“ aber bringt das Blatt „jenen Kreisen entgegen, die mit ihren radikalen Kriegszielen den Krieg verlängern. Die Arbeiterbevölkerung hat jedoch viel zu schwer zu leiden, als daß sie durch radikale Kriegsziele zur Verlängerung des Krieges beitragen könnte.“

Dasselbe schreiben wir in der vorigen Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ hinsichtlich der Kriegsverlängerung. Zu den „rechtsstehenden Parteien“, die radikale Kriegsziele verfolgen, gehört auch der nicht geringe, nicht wenig einflussreiche Teil des Zentrums, der sich um die „Kölnische Volkszeitung“ und den „Bayerischen Kurier“ schart. Darauf weisen die konservativen und „rechts“ oder „altliberalen“, „alldeutschen“ Eroberungspolitiker mit Genehmigung hin. Es ist nötig, diese Tatsache recht deutlich hervorzuheben.

„Arbeiter, haltet die Augen auf!“ mahnt die „Baugewerkschaft“ mit gutem Recht, denn sie weiß nun, daß trotz der ungeheuerlichen Opfer, die das arbeitende Volk an Blut, Gut und Entbehrungen bringt, doch die reaktionären Parteien eine volkswirtschaftliche Politik nach dem Kriege verhindern wollen! Also auch das sehen diese Vertreter der christlichen Gewerkschaften sehr ein. Sie glauben nicht mehr an ein „vertrauensvolles Entgegenkommen“ der „reaktionären Kreise“, sondern rufen die Arbeiter zur Rüstung für den Kampf um ihr Recht auf.

Der „Ausdruck des christlich-nationalen Arbeiterkongresses“, bekanntlich eine Zusammenkunft der christlichen Gewerkschaften und Angehörtenvereine mit konfessionellen Arbeiterverbänden, hat am 16. und 17. August in Berlin eine Sitzung abgehalten. Eine Resolution wurde beschlossen, die außer der Befestigung des festen Willens zur Landesverteidigung folgende Forderungen ausdrückt:

„Im inneren Leben der deutschen Zukunft ist die tatsächliche Anerkennung und praktische Durchführung der Gleichberechtigung der Arbeiterklasse in Staat und Wirtschaft eine Grundbedingung unserer Gewandtheit und des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens. Eine volkswirtschaftliche Gestaltung des preussischen Wahlrechts ist hierfür eine Notwendigkeit. Nur so kann auch das Interesse aufrecht erhalten werden, das breite Massen durch den Krieg am Staatsleben genommen haben.“

Beim Wiederaufbau unserer Handelspolitik nach dem Kriege sowie bei den Maßnahmen der Lebensmittelpolitik ist neben der berechtigten Weiterführung des Schutzes der innerdeutschen Arbeit die Konsumkraft der Verbraucherbevölkerung besonders zu schonen und zu pflegen.“

Hier werden bestimmte demokratische Forderungen aufgestellt, die in dem Verlangen nach Gleichberechtigung der Arbeiterklasse gipfeln. Herr v. Heydebrandts Meinung, es müsse nach dem Kriege so ziemlich „alles beim alten“ bleiben, wird also auch von dem Ausdruck des christlich-nationalen Arbeiterkongresses nicht geteilt. Die Forderung, bei der zukünftigen Neuordnung der Handelspolitik die „Konsumkraft der Verbraucherbevölkerung besonders zu schonen und zu pflegen“, ist zweifellos ein Ergebnis der trüb-

seligen Erfahrungen, welche auch die Beauftragten des christlich-nationalen Arbeiterkongresses im Verkehr mit den viel zu sehr verhängnisvollen, durch sehr hohe Lebensmittelpreise verdrängten Agrariern machen mußten. Viel deutlicher noch als in jener Resolution erklärten schon gewerkschaftliche Versammlungsgesellschaften und ihnen nahestehende Zeitungen, daß sich während des Krieges die Landwirtschaft für die ihr gebrachten großen Opfer (Grenzschüsse und Grenzsperrungen) verflucht wenig dankbar erwiesen habe, und man habe wohl zu überlegen, ob man „vielleicht in der Sozialpolitik nicht zu weit gegangen sei“. Das ist eine sehr bemerkenswerte geistige Wandlung.

Wie stark der geistige Umwandlungsprozess unter dem Druck der Kriegserfahrungen sich bereits vollzogen, dafür bietet das christlich-nationale „Zentralorgan deutscher Eisenbahner“ einen ganz besonderen Beleg. Ganz im Gegensatz zu den merkwürdigen Leuten, die glauben oder doch behaupten, nach dem Kriege würde es in dem „alten“, vor dem Kriege ausgefahrenen Geleise weiter gehen, schreibt diese Zeitung:

„Nach dem Kriege wird zum Schrecken aller bürgerlichen Parteien die politische Milderkeit von Anno dazumal nicht so weiter gehen. Das öffentliche Leben wird befeuert werden von dem Kampfe des Sozialismus, getragen von einer sozialistischen Massenbewegung gegen die Anwälte des Kapitalismus gegen den Sozialismus.“

Das ist auch unsere Meinung, weil wir anders mit einer grenzenlosen Volksverpöschung, einer reaktionären Demokratisierung der Menschheit rechnen müssen. Und dann bekümmert das christlich-nationale Eisenbahnerblatt fränk und frei:

„Die wirtschaftlichen Vorgänge im Verlauf des Weltkrieges haben gezeigt, daß unser bisheriges Schicksal vom Arbeiter, auf dem Rücken der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ein großer Irrtum war. Wir haben auch unternehmen müssen. Wir haben uns während des Krieges in verächtlicher Weise davon überzeugen müssen, daß die Struktur unserer Volkswirtschaft in Produktion, Konsum und Verteilung der Güter so großartig ist, daß mit sozialreformerischen Pfaffen und bescheidenen, durch gewerkschaftliche Arbeit erzielten Einkommenserhöhungen ein gerechter Anteil an den von der Volksgemeinschaft erzeugten kulturellen Gütern materieller und geistiger Art für die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten nicht mehr herbeigeführt werden kann. Hier hilft kein Wandspiegel mehr, sondern nur noch eine gründliche Umgestaltung unserer Wirtschaftsformen.“

Dieses Eingeständnis des gründlichen Unlernes zeugt von einem anerkennenswerten Bekenntnis. Wie sich der Bekenner die Umgestaltung im einzelnen vorstellt, ist nebensächlich, genug, er erkennt an, daß die privatrechtliche, auf die Vereinerung Einzelner zu Lasten der Volksgemeinschaft gegründete Staats- und Gesellschaftsordnung nicht der Weisheit letzter Schluss ist, ihr eine solche folgen muß, in deren Mittelpunkt der Mensch, nicht das Geld steht. Wahrscheinlich, dieser Bekenner beschämt auch so manchen „Meinungsradikalen“, dessen ganze Weisheit darin besteht, zu orakeln, es werde „alles beim alten“ bleiben.

Ja, das Unlerne in volkswirtschaftlichen Zeitfragen hat auch Kreise ergriffen, von denen man es am allerwenigsten erwartete. Die in Berlin erscheinende „Preussische Schachmanns-Zeitung“, ein Organ für die unteren Volksgemeinschaften, beschäftigt sich in einem scharfen Artikel mit dem „Wucher auf Kosten der Nation“, der „nur auf Gewinn bedacht“, dem „jede andere Rücksicht als die auf den eigenen Geldbeutel fremd“ sei und schreibt dazu, der Regierung sei:

„...die Hydra Kapital über den Kopf gewachsen. Sie (die Hydra Kapital) findet es in Anbetracht der langjährigen Leihung ganz selbstverständlich, daß sich Millionen Menschen unter schweren Entbehrungen ohne nennenswerte Entschädigung, ja selbst unter größten Opfern, zu ihrem Schutze allen erdenklichen Gefahren aussetzen und ihr Schicksal hingeben, während ihr mühselos die Früchte dieser schweren Entbehrungen und Opfer in den unerfülllichen Bauch der Hydra Kapital fließen.“

Ein weiterer Bericht des Direktors betraf die Destillation der Kohle mit überhitztem Wasserdampf, wobei ein Teer entsteht, der ganz andere Stoffe enthält als der gewöhnliche Gasanlasser oder Kokssteiger, er enthält nämlich Oel, die dem Petroleum nahestehen; ferner Schmieröl und Paraffin. Während aber letzteres schon bekannt war, ist nunmehr der Nachweis gelungen, daß diese petroleumbahnfähigen Oele optisch aktiv sind, eine Entdeckung, die wissenschaftlich und praktisch für die Beziehungen zwischen Kohle und Petroleum von hohem Interesse ist. Diese neuen Oele können für die chemische Industrie ein ganz neues Ausgangsmaterial werden.

Der Vortragende wies darauf hin, daß aber alle allein und auch die neuen Prozesse sich schließlich doch nur eines geringen, wenige Prozente betragenden Bruchteiles der Kohlenzubereitung bedienen, während die Hauptmasse der Kohle verbrannt oder in Koks überführt wird. Deshalb war es anzustreben, die Kohle im ganzen in eine Form überzuführen, die chemischer Weiterarbeit zugänglich ist. Auch auf diesem Gebiete ist es gelungen, weiter in die Geheimnisse der Kohle einzudringen, denn es wurde in dem Ogon das Mittel gefunden, Kohle in eine in Wasser lösliche Substanz zu verwandeln und zwar über 92 Prozent der Kohle. Die neue Substanz ist braun, riecht stark nach Karamell. Sie ist von saurem Charakter, ihre nähere Konstitution steht noch nicht fest.

Auch auf dem Gebiete der Braunkohle hat das Institut Erfolge zu verzeichnen, es wurde ein Weg gefunden, aus Braunkohle statt 12 Prozent Montanwachs nahezu doppelt soviel herauszuholen und es wurde für den bisher fast wertlosen Braunkohlengenerator, eine Verarbeitungsmethode gefunden, die der Lederindustrie erlauben wird, einen großen Teil ihres Zellulosebedarfs auf dem neuen Wege zu decken.

Für eine vollständige Ausnutzung der Kohle durch Vergasung

tritt Dr. Besenfelder ein. Von den 200 Millionen Tonnen Kohle, die in Deutschland alljährlich verbraucht werden, wird gegenwärtig nur der vierte Teil in den Leuchtgasanstalten und Koksereien verflucht. 50 Millionen Tonnen werden als Hausbrand und 100 Millionen Tonnen in der Industrie verbrannt. Dies ist mit einer großen Verschwendung verbunden, da nur 20 bis 30 Prozent der den Kohlen innewohnenden Heizkraft bei unserem heutigen Verbrennungssystem nutzbar gemacht wird. Der Rest flieht ungenutzt zum Schornstein hinaus. Dagegen werden bei den 50 Millionen verflachten Tonnen an Nebenprodukten gewonnen (ohne Gas und Koks): für 45 Millionen Mark Teer, für 125 Millionen Mark Ammonit und für 125 Millionen Mark Benzol, zusammen also für 295 Millionen Mark Nebenprodukte. Würden also auch die 50 Millionen Tonnen Gasbrand und die 100 Millionen Tonnen Industrie- und Hausbrandkohle, so können damit jährlich für 855 Millionen Mark Nebenprodukte gewonnen werden.

Aber die Verflachtung der Kohle bedeutet noch längst nicht die vollständige Ausnutzung der in der Kohle vorhandenen Energien und Stoffe. Besenfelder wünscht die völlige Vergasung der Kohle auf dem Wege der trockenen Destillation. Diese Vergasung geschieht, indem die rohe Kohle durch heißes aus dem Wassergasgenerator kommende Gasstrom entgast und verflacht wird. Der glühende Koks wird dabei sofort in Wassergasgeneratoren in Wassergas übergeführt, das sich mit dem bei der Vergasung erzeugten Leuchtgas zu einem „Wassergas“ mischt, dessen Heizwert für fast alle praktischen Zwecke genügt. Bei diesem Verfahren wird insbesondere auch der Staßfurter Koks der Kohle gewonnen, der unserer Landwirtschaft zugutegeführt werden und diese von dem ausländischen Gipsbedarf unabhängig machen könnte. Die Nebenprodukte sind Teer, Benzol und Ammonit, die für die 150 Millionen Tonnen Industrie- und Hausbrandkohle, die wir jährlich brauchen, einen Wert von 1745 repräsentieren würden, also etwa das Doppelte des Wertes, der bei der bloßen Verflachtung zu gewinnen wäre. Da nun aber bei der Vergasung der Heizwert der Kohle viel voll-

wandern. Wenn es die Lebensmittelwucherer auch nicht offen aussprechen, so beweist doch die Erfahrung und ihr Handeln, daß nicht davor zurückzuschrecken, die unentbehrlichsten Lebensmittel zu verbrennen zu lassen, wenn sie beim Verkauf nicht jenen Gewinn erzielen, der ihrer Profitgier entspricht. Ihnen ist es nicht darum zu tun, das Volk mit Lebensmitteln zu versorgen, sondern an der Versorgung möglichst viel zu verdienen.“

Wenn so schon eine Schachmanns-Zeitung schreibt! Wie wird es da erst in den Kreisen, deren Sprachrohr diese Zeitung ist, gähren gegen die „Hydra Kapital“! Der Krieg ist doch ein großer Lehrmeister.

Kameraden, weist die törichte Schwärmer und Blaumacher energisch zurück, die auch Arbeitern vordrängen, nach dem Kriege werde „alles beim alten bleiben“. Das möchten allerdings die Nutznießer des Alten, das sähen auch die falschen Propheten gern, um triumphierend sagen zu können: „Seht, habe ich euch nicht gesagt?“ Das sagen auch die geistig Trägsten, die immer noch unorganisierten Massen, die sich um den Beitritt zum Verbände herumdrücken. Wenn „alles beim alten bleiben“ hieß, dann die ungeheuerlichen Kriegsoffer ohne Gewinn für die gesellschaftliche Stellung der Arbeiterklasse gebracht würden, dann fällt die volle Last der schrecklichen Schuld auf diejenigen, welche nicht mitarbeiten wollen für die Vorsehung! Diese, eben die dem Verfall fernbleibenden Arbeiter, nicht die Werkbesitzer sind die schlimmsten Feinde eines sozialen Aufbaus der Arbeiterklasse.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1915.

Die Auffassung von einem völligen Zusammenbruch der Wirtschaftsordnung während eines europäischen Krieges hat sich nicht bewahrheitet. Obgleich das allgemeine Ringen zwischen den einzelnen Nationen um Ausbeutung und Ausbeutung alle früheren Erwartungen noch übersteigt, ist das Wirtschaftsleben nicht zusammengebrochen, sondern hat sich den außergewöhnlichen Verhältnissen angepasst. Diese Erscheinung kommt auch in der Lage der Gewerkschaften zum Ausdruck. Einen Beweis dafür bietet die von der Generalkommission bearbeitete und in einer Zeitschrift zur Nr. 23 des „Correspondenzblattes“ veröffentlichte Kartellstatistik für das Jahr 1915, die einen Teil der Gewerkschaftsbewegung während eines vollen Kriegsjahres zur Darstellung bringt. Bei auch die Zahl der Kartelle, ihr Umfang und ihre Tätigkeit unter dem Einfluß des Krieges eine starke Einschränkung erfahren, so ist doch im großen und ganzen das System der Kartelle intakt geblieben.

Der zahlenmäßige Bestand der Kartelle belief sich 1915 auf 757. Ihre wirkliche Zahl dürfte jedoch erheblich geringer sein, denn bei den fortgeschrittenen Eingriffen zum Kriegsdienst haben besonders die kleineren Kartelle stark gelitten und so manches davon stellte die Tätigkeit ein, ohne daß es der Generalkommission zur Kenntnis kam.

An der Statistik sind 524 Kartelle beteiligt, 54 weniger als im Vorjahre. Der erhebliche Anstieg an bestehenden Kartellen beinträchtigt den Wert der Statistik jedoch nicht so wesentlich, als es erscheinen könnte. Verglichen mit dem Kartellbestande vor Ausbruch des Krieges, befinden sich unter den bestehenden Kartellen 236, die bis 1900 Mitglieder hatten und 55, die über diese Zahl hinaus bis 1900 Mitglieder zählten. Von den größeren Kartellen fehlen in der Statistik nur Dessau und Göttingen.

Den an der Verichterhaltung beteiligten Schreibern waren 6901 Gewerkschaften mit zusammen 884 147 Mitgliedern angeschlossen. Die gleichen Kartelle zählten vor Ausbruch des Krieges am 31. Juli 1914 2 127 631 Mitglieder, ihre Zahl ging also durch Eingriffe und sonstige Verluste bis Jahresende 1915 um rund 1,2 Millionen zurück. Von dem Bestande des Berichtsjahres kommen 6583 Zweigvereine mit 880 013 Mitgliedern auf die der Generalkommission angeschlossen Zentralverbände, 17 Zweigvereine mit 4129 Mitgliedern auf die Bundesverbände und 1 Zweigverein mit 14 Mitgliedern auf den Verband der Reichner.

Die Einrichtungen der Kartelle zur Förderung der gewerkschaftlichen Interessen sind in ihrer Art von dem Kriegszustand unberührt geblieben, ihre Wirksamkeit ist jedoch, soweit die zur Erfüllung besonderer Aufgaben eingesetzten Kommissionen in Betracht kommen,

kommerziell ausgenutzt wird als bei der gewöhnlichen Verbrennung — etwa zu 85 Prozent —, so würden wir bei Durchführung dieser Methode etwa nur den dritten Teil der Kohlen gebrauchen, die wir jetzt nötig haben. Das würde gleichzeitig eine ungeheure Ersparnis an diesem wichtigen Naturprodukt, die späteren Generationen zugute käme, bedeuten und verhindern, daß die Nebenprodukte durch Herstellung in zu großen Massen entwertet würden.

Jedenfalls würde der Besenfelder'sche Vorschlag eine riesige Ersparnis an Nationalvermögen bedeuten und er ist deshalb in dieser Zeit, in der wir darauf hinarbeiten müssen, überall da Ersparnisse zu machen, wo dies ohne besonderen Schaden möglich ist, doppelt beachtenswert.

Mühsale Arbeit.

20 brave Ochsenfamilien lebten auf einem Eiland. Jede Familie zählte große und kleine, fette und magere Ochsen und Kälber. Ihr Futter wuchs reichlich und gut, fröhlich und schmackhaft. In Überflut und Freude hätten sie alle miteinander leben können. Sie aber lebten, wie es Ochsen geziem: Jeder wollte sich ausleben ohne Rücksicht auf seinen Nächsten. Eine Familie bedrängte die andere. Und so zerrieten sie mehr als sie fraßen.

Da erhoben einige unter ihnen, die mehr Voraussicht hatten als die anderen, warnend ihre Stimme: Laßt uns in Veranmit miteinander vereinbaren, daß jeder Familie ein Weideland verhängt wird und daß Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht geschlichtet werden. Einige wir uns, sonst wird Mord und Totschlag die Folge sein.

So prophezeiten sie.

Aber die Ochsen hörten nicht und verachteten die Warner. Und so kam es, wie es kommen mußte. Einmal Tages artete das planlose Leben in Krieg aus. Einige Familien, die sich miteinander verbündet hatten, gerieten in Kampf gegen andere, die gleichfalls zusammen standen, während einige Familien blöde zusahen, wie ihr Eiland vernichtet ward.

Die Kämpfer zogen gegeneinander los und fliehen sich mit den Hörnern. Die schwachen und kräftigen aber wurden ausgewählt, damit sie einander zuerst umbrachten. Es geschah, als ob die Ochsen irrtümlich geworden waren. Aber als ob sie wünschten, daß sich auf ihrem Eiland nur minderwertige Tiere fortpflanzen sollten. Traurig über dies Elend, ergreifen auch die Warner Partei und bluteten mit ihren Kameraden.

Sie aber, die die Warner verhöhnt und bekämpft hatten, fragten — und von Weisheit strahlten ihre Hörner —: „Seht, ihr jetzt, daß eure Arbeit nutzlos war?“

Die Jagd nach dem Gold.

„Surtig, surtig laßt die Wagen rollen, daß wir fördern, was wir fördern sollen, nicht zum Trödeln, das ich euch gebühren, liebt die Wagen an, ihr Herbesiegen!“ So der Steiger — und die Herbesieger Brügeln lustig auf die Herbesieger, daß die Wagen schnell und schneller rollen nach dem Förderer, wie sie sollen. Spricht der Steiger zu dem Stroßbolze, der da träge fohet auf dem Hölze: „Munter, munter, rühre deine Knochen, zu dem ganzen Hölze wird gebohrt, kommt den Leuten schon die Weisheit bringen, daß sie fleißiger die Hölzer schwingen — Geh vor Ort und Weiler — jag es allen: Kohlen, Kohlen müssen mehr noch fallen!“ Und so rennt er weiter durch die Straßen auf der Jagd, die Arbeitswut zu wecken...
Geinrich Kämpfer.

Vertrauen zur Natur.

Wenn durch des Schicksals finstere Gewalt
Ein jüdes Glück aus deiner Seele zieht,
Entfieh der Welt, der mitleidigen, tollst,
Denn willst du innerlich dich voll entfalten,
Singt sie dir gleich ein düßres Sterbelied.

Sei du für dich! Vertrau dein Leid dem Winde,
Der mit der Blume raunt auf grüner Natur,
Du wirst erneut zum engelgleichen Kinde,
Dein Leid zerfließt und seine rauhe Natur
Schmilzt wie der Schnee im Werden der Natur.

Du bist ihr Kind, denn sie hat dich geboren,
Du schmiege dich an ihre volle Brust!
Sie gibt dir wieder, was du schon verloren,
Wie Horstentlang flingt dann in deinen Ohren
Das hohe Lied der neuen Lebenslust.

Doßum.

Viktor Kalinowski.

Freiheit.

Die Freiheit läßt sich nicht gewinnen,
Sie wird von außen nicht erzieht,
Wenn nicht zuerst sie selbst tief innen
Im eignen Willen dich belebt.
Willst du den Kampf, den großen, wagen,
So ist zuerst dich selber ein:
Der Fremde heissen will zerfliegen
Dah nicht sein eigner Slave sein.

Nur reinen Herzen, reinen Händen
Gehört der Kampf im Heiligtum:
Der Freiheit Werk rein zu vollenden,
Dies, deutsches Volk, dies sei dein Ruhm.
Die Lüge minkt, die Schmeichelei lodet,
Mit seiner Axt spielt der Anecht:
Du aber wandle unerschrocken
Und deine Waffe sei das Recht!

Robert Prutz.

Zur Erforschung der Kohle.

Kurz vor Kriegsausbruch wurde in Wülheim (Ruhr) das von der rheinisch-westfälischen Montanindustrie begründete Kaiser-Wilhelm-Institut für Kohlenforschung eröffnet. Am 31. Juli d. J. hat nun der leitende Direktor Prof. Dr. Franz Fischer dem Kuratorium der Anstalt den ersten Tätigkeitsbericht gegeben, dem wir entnehmen:

Zum ersten Male ist durch den Direktor und seine Mitarbeiter der Nachweis geliefert worden, daß es möglich ist, durch Auslaugen der Kohle mit flüchtiger saurem Säure bei gewöhnlicher Temperatur Oel zu gewinnen, und zwar aus den häufigsten Kohlenarten etwa ein halbes Prozent. Das erscheint zunächst wenig, aber wenn man bedenkt, daß die pro Tonne Kohle immerhin 5 Kilo bedeutet, und wenn man die ungeheure Größe unserer Kohlenförderung berücksichtigt, so sind die Mengen, die die Natur uns in der Kohle seit Jahrtausenden bisher verborgen gehalten hat, doch sehr beträchtlich. Die gewonnenen Oele sind dickflüssige, goldgelbe Mineralöle von auffallendem Kohlenaroma und sind nicht mit den bekannten Teerölen zu verwechseln.

Auch ein zweiter Weg, Kohle mit Benzol unter Druck zu extrahieren, wurde gefunden, hierbei sind die Ausbeuten sogar noch erheblich größer. So konnten über 6 Prozent extrahiert werden, von denen aber nur der kleinere Teil aus Oelen besteht. Interessant war auch der Befund, daß durch das Extrahieren der Oele die Kohlenstücke zu Kohlenstaub zerfielen, woraus nun sieht, daß die Oele in der Kohle die Rolle eines Verfestigungsmittels spielen.

Leistung oder völlig aufgehoben worden. Die Gesamtzahl aller durch die Statistik für 1915 ausgewiesenen Einrichtungen steht natürlich hinter den Zahlen der Friedensjahre zurück. Eine Ausnahme machen nur die Arbeitersekretariate; die Zahl derselben beträgt 116 und ist um 4 höher als 1913. Die Sekretariate bilden die wertvollste Einrichtung der Kartelle für die Arbeiterklasse. Sie erfordern auch einen erheblichen Kostenaufwand, der für 1915 im Vergleich zu dem Jahre 1913 nur unwesentlich gesunken ist und dessen Aufbringung die Kartelle, bei der stark reduzierten Mitgliederzahl, übermäßig belastet. Trotzdem ist man sich über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Sekretariate in Gewerkschaften durchaus einig, denn durch die Beratung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer und in der Vertretung von Fällen, die mit der Kriegsfürsorge zusammenhängen, sind den Sekretariaten neue, wichtige Aufgaben erwachsen. 24 von den größeren Kartellen haben zur Erleichterung der Kartellgeschäfte Büreaus eingerichtet, in denen in den meisten Fällen Angestellte tätig sind. Angestellt waren 1915 in den Gewerkschaftsbüreaus und Sekretariaten 188 Angestellte beschäftigt, 24 weniger als 1914.

Der Aufgabenskreis der Kartelle hat sich unter dem Kriegszustand verändert. Die eigentliche, in Friedenszeiten ausgeübte Tätigkeit ist unterbrochen und neue Aufgaben sind den Kartellen erwachsen. Gleich nach Ausbruch des Krieges stürzten auf die Kartelle eine Reihe neuer Aufgaben ein, die rasches Handeln und eine kräftige Initiative erforderten. Es galt zunächst auf die Regelung und Aufbesserung der Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer und Arbeitslosen und die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten durch die Gemeinden hinzuwirken und daran mitzuarbeiten. Mit der Fortdauer des Krieges ist nun die Lösung der damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben in ruhigeren Bahnen gelenkt worden. Die einzelnen Probleme, die das Interesse der Arbeiterklasse besonders berühren, treten schärfer hervor und mit größerer Planmäßigkeit konnte an ihrer Lösung gearbeitet werden. Das Jahr 1915 wird besonders gekennzeichnet durch die Mitarbeit der Kartelle bei der Einrichtung von öffentlichen Arbeitsnachweisen, um durch ein großzügig angelegtes System der Arbeitsvermittlung den nach Beendigung des Krieges zu erwartenden Andrang auf den Arbeitsmarkt in geregelte Bahnen leiten zu können. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge bedarf der ständigen Aufmerksamkeit der Gewerkschaften, weil bei der Unterbringung Kriegsbeschädigter in passende Beschäftigungen die Lebensinteressen der Arbeiterklasse berührt werden. Schließlich galt es auch für die Kartelle, tatkräftig mitzuarbeiten auf dem für das deutsche Volk so unendlich wichtigen Gebiete der Lebensmittelversorgung. Es war besonders notwendig, auf eine gerechte Verteilung der vorhandenen Vorräte zu dringen, in der wirksamen Weise den Lebensmittelhändlern zu bekämpfen und übertriebenen hohen Preissteigerungen entgegenzuwirken. Wo es möglich war, wurden Verhandlungen einberufen, die sich mit der Lebensmittelversorgung beschäftigten. Die Zahl der von den Kartellen im Jahre 1915 abgehaltenen Versammlungen betrug 507, sie dürften zum größten Teil die Fragen der Volksernährung behandelt haben.

Die Beitragsleistung der Kartelle bewegte sich im allgemeinen zwischen 20 Pf. und 2,00 Mk. pro Jahr und Mitglied. Nur 4 Kartelle gehen über den letzten Satz hinaus. Von den berichtenden Kartellen hatten 138 eine Beitragsleistung bis zu 40 Pf., 216 eine solche von 41—100 Pf., und einen Beitragssatz von 1,01 bis 2,00 Mk. erhoben 134 Kartelle.

Angaben über die Massenverhältnisse machten 508 Kartelle. Diese verzeichnen eine Gesamtzunahme von 974 108 Mk., davon kommen auf Beiträge 617 422 Mk. und auf sonstige Einnahmen 356 686 Mk. Die Gesamtausgabe betrug dagegen 1 140 318 Mk., überstieg also die Einnahme um 175 210 Mk. Das Mehr an Ausgaben wurde aus den Massenbeständen gedeckt, die während des Berichtsjahres von 824 117 auf 648 007 Mk. zurückgingen. Alle Ausgabenposten sind geringer als in den Vorjahren und die meisten sehr erheblich. Im einzelnen wurde verausgabt für Agitation 38 767 Mk., Arbeitervertreterentlohn 1251 Mk., statistische Erhebungen 1735 Mk., Gewerkschaftshäuser und Versammlungsräume 110 677 Mk., Bergehen und Arbeitsnachweise 38 006 Mk., Sekretariate und Nachschubstellen 448 277 Mk., Bibliotheken und Lesezimmer 50 060 Mk., sonstige Wohnungsausgaben 45 224 Mk., Jugendzucht 34 058 Mk. und Verwaltung 180 906 Mk. 113 Kartelle brachten zusammen durch Sammlungen und aus den Massen 48 735 Mk. auf zur Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer und Arbeitslosen. Einschließlich des Jahres 1914 beliefen sich bei den gemeldeten Kartellen nach den gemachten Angaben die für die Kriegsfürsorge aufzubringenden Summen auf 74 567 Mk. In Wirklichkeit dürfte jedoch die Gesamtsumme bedeutend höher sein, da augenscheinlich viele Kartelle es unterließen, für 1914 nachträgliche Angaben zu machen.

Die Gewerkschaften haben während des Krieges sich nach Kräften bemüht, die Interessen des werktätigen Volkes zu wahren und fruchtbar Arbeit geleistet. In dieser Tätigkeit haben die Kartelle einen hohen Anteil. Ihre Arbeit muß um so höher bewertet werden, als sie in schwieriger Lage geleistet wurde. Noch immer schwebt über dem deutschen Volke das Ungewisse seines zukünftigen Schicksals. Trotz des langen, furchtbaren Ringens nach kein Lichtbild, der die baldige Milderung zur Friedensarbeit verspricht. Aber unerschütterlich ist und bleibt unser Vertrauen zu der Lebenskraft der Gewerkschaften. Sie werden aus diesem Chaos widerstehender Interessen und Meinungen, wenn auch numerisch an Stärke geschwächt, aber doch geschlossen hervorgehen, und werden dann aufs neue den Boden zum wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse bereiten.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Wem der Krieg nicht zu lange dauert.

Dah es überhaupt Menschen gibt, die das Ende des furchterlichen Menschenabschlachtens nicht herbeisehen, erscheint schier unbegreiflich. Aber der unheilvolle Kampf nach dem Ziele, das während der Kriegszeit in unerbittlicher Fülle einigen wenigen (im Vergleich zur Volksmasse) zufließt, bringt auch die Zeit am Krieg zu Ende. Vor etwa 10 Jahren schrieb die „Konservertion“:

„In Zukunft ist sowohl in Wohnen kein rechter Zug im Geschick. ... Da ein früh-frühlicher Krieg — fast mühen wie fagen feibel — zurzeit nicht in Sicht ist, so könnte nur eine gründliche Milderung den verfahrenen, schwer mit Vorräten beladenen Dörfergemeinden erleichtern.“

Das Unternehmertum wünschte eine „unendliche Milderung“ in Gemüßen, um die Konjunktur zu höheren Preisen los zu werden, da „fast feibel“ ein „früh-frühlicher Krieg“, der eine noch bessere Konjunktur für die Konsumverbraucher bringen würde, „zurzeit nicht in Sicht ist“. Derart verzeihend wirkt die Jagd nach dem gleichen Membran. Es Wundern, daß, ob Millionen blühender Menschenleben durch den „früh-frühlichen Krieg“ vernichtet werden, was machts, wenn nur's Geschick blüht. In dieses kapitalistische System nicht eine furchtbare Gefahr der Menschheit?

Die Wiener „Nachschicht“ für die Schuhbranche schrieb in Nr. 4 von 1915:

„Der Krieg ist also für die Schuhbranche keine Katastrophe, sondern eine Wehrung gewesen! Er hat gewirkt wie ein reinigendes Gemitter, dessen befruchtender Regen neues Wachstum bringt.“

Wer den Krieg so beurteilt, dem kann er allerdings nicht zu lange dauern, für den bedeutet er eine Hochkonjunktur, die weidlich ausgenutzt werden muß. „In dieser Hochkonjunktur heraus“ fahret inlangt der volkswirtschaftliche Verfall des Deutschen Zentralverbandes der Industriellen, Fleinmann-Bücher, besichert von einer „Hochkonjunktur des Krieges“, bei der der Staat und Einzelne wirtschaftlich gedeihen. In pläuzende Geschäfte schaffen. Und der Herr wagte zu behaupten, wohl sei der Krieg mit großen Opfern an Blut verbunden:

„Aber das friedliche deutsche Volk, das über vier Jahrzehnte keinen Krieg gekostet und sich mit der ruhigen, geduldigen Friedensarbeit in dieser Zeit begnügt hat, hat nun, das mögen sich die feindlichen Völker gesagt sein lassen, das mögen sich die geraden und am Kriege Geschmack gefunden, und es könnte leicht sein, daß es fortan genügt wäre, sich öfters als bisher im Kriegshandwerk zu üben oder gar bis auf weiteres nach der einen oder anderen Seite, z. B. gegen den „Beherzter der Meere“, einen dauernden Krieg zu führen.“

Dah überhaupt eine solche frivole Behauptung gemacht werden kann, ist ein böses Zeichen. Offenbar kennt Herr Fleinmann-Bücher Leute, die „am Krieg Geschmack gefunden“ haben, denen er nicht zu lange dauert. Die Kriegskriegskrieg muß das Volk den „Geschmack“ am Kriege gründlich austreiben und seine ganze Kraft zukünftig daran setzen, daß solche Leute mit dem perversten Geschmack keine Kriegsgeschäfte mehr machen können.

Was wir vom Ausland erhielten und nun entbehren.

Nach einer Aufstellung von Dr. A. Schulte am Hofe in seiner Schrift: „Die Weiterzeugung an Lebensmitteln und Rohstoffen“, wurden 1913 an pflanzlichen Nahrungsmitteln vom Ausland nach Deutschland eingeführt:

	Doppelzentner (100 kg.)	Davon entfielen auf jede Haushaltung (5 Personen)
Wortgetreide	8 402 000	64 kg.
Buchweizen	271 000	2 "
Maisflohen	449 000	3 "
Süßfrüchte	2 000 000	16 "
Gemüse	2 708 000	20 "
Obst	6 455 000	49 "
Pflanzensatz	2 583 000	19 "
Meis	2 093 000	22 "
Süßfrüchte	2 087 000	22 "
Kaffee, Pfeffer, Tee	2 138 000	16 "
Zusammen	30 874 000	232 kg.

Zu den Nahrungsmitteln aus dem Pflanzenreich, mit denen der auswärtige Handel unsere Haushaltungen vor dem Kriege in so reichem Maße versorgte, kommen nun aber noch nicht unbedeutende Zufuhren von Nahrungsmitteln aus dem Tierreich, die sich 1913 auf 5,4 Millionen Doppelzentner beliefen. Dr. Schulte am Hofe veranschlagt die Fleisch-, Fett-, Milch- und Eierzufuhr auf 10 Prozent der Erzeugnisse der heimischen Viehzucht. Im einzelnen ergeben die Zufuhren von Erzeugnissen der ausländischen Viehwirtschaft für 1913 folgende Ziffern:

	Doppelzentner (100 kg.)	Davon entfielen auf jede Haushaltung (5 Personen)
Fleisch und Geflügel	627 800	4 kg.
Fette tierischen Ursprungs	1 704 500	13 "
Milch und Milchprodukte	1 380 200	10 "
Eier, Eigelb und Eiweiß	1 702 000	13 "
Zusammen	5 485 100	40 kg.

Schon allein nach der Menge betrachtet, hat die Versorgung jeder Haushaltung mit zusammen 272 Kilogramm Nahrungsmitteln pflanzlichen und tierischen Ursprungs für unsere Volksernährung eine große Bedeutung. Diese steigert sich noch, wenn man die Menge auf die Qualität der eingeführten Nahrungsmittel richtet. Ein erheblicher Teil davon besteht aus Pflanzen- und Tierfetten, Süßfrüchten, Reis und Süßfrüchten, für die uns die heimische Landwirtschaft aus eigener Kraft überhaupt keinen vollwertigen Ersatz schaffen kann. Mit diesen Zufuhren ist unser Nahrungsmittelbedarf oder noch nicht abgedeckt. Es mußten uns auch gewaltige Mengen Viehfuttermittel, also indirekte Nahrungsmittel für Menschen, zugeführt werden. Der konservative Abg. Oekonomierat Dr. Hösch hat unseren Viehfuttermittelimport pro 1913 in folgender Tabelle veranschaulicht:

Schweinefärbemittel (Küstergerste, Mais, Datt)	3 000 583 To.
Schweinefärbemittel, rund	70 000 "
Schweinefärbemittel und leihweise fettreiche Futtermittel (Weizen, Mais, Gerste, Kleie, Datt, u. a.)	2 348 050 "
Futtermittel aus eingeführten Futtermitteln, von welchen 1/2 bis 1/3 der Masse und etwa die Hälfte des Wertes auf Futtermittel fällt (Leinsaat, Weizen, Mählen, Palmkerne, Kaffee, Baumwollsaamen, Sojabohnen, Erdnüsse u. a.)	1 000 000 "
Zusammen	7 418 272 To.

Der weitüberwiegende Teil dieser direkten und indirekten Nahrungsmittelzufuhren für die deutsche Bevölkerung ist durch die britische Sperre unseres Außenhandels abgeschnitten. Das ist die Hauptsache unserer Lebensmittelpolitik. Sie wird während des ganzen Krieges und lange darüber hinaus anhalten. Dieser Zustand beweist aber auch, daß unsere heimische Landwirtschaft nicht mehr in der Lage ist, das deutsche Volk ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Darauf muß bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen entschieden Rücksicht genommen werden, indem unser Nahrungsmittelimport nicht durch Grenzschleusen und Grenzsperrn verteuert und erschwert wird.

Wie der Milchpreis in die Höhe getrieben wird.

Der „Dresdener Volkszeitung“ ist folgendes Schreiben auf den Tisch geflossen:

„Verein der nach Dresden liefernden Milchproduzenten.“

Dresden, den 8. Februar 1915.

Gehrter Herr! Wir hatten in unserer Generalversammlung am vergangenen Freitag beschlossen, daß die Milch liefernden Landwirte eine Einschränkung ihrer Milchzeugung eintreten lassen sollten, und zwar in Höhe von 20 und 30 Prozent, um eine Erhöhung des Milchpreises herbeizuführen. Die Milchpreissteigerung soll vom 18. d. M. ab beginnen. Der Landwirt soll von da ab 2 Pf. per Liter mehr von seinem Abnehmer verlangen. Die Firma Pfund (die zahlreiche Verkaufsstellen in Dresden hat —) will in eine Erhöhung nicht eingehen, weshalb sich der Milchproduzentenverein gezwungen sieht, diese Erhöhung allein durchzuführen. Dies ist aber nur möglich, wenn unsere Mitglieder fest zusammenhalten, und deshalb ergreift an die Lieferanten das dringende Ersuchen, diese Sache mit zu unterstützen und in ebriger Weise, wie der Vereinungsabschluß festlegt, einzutreten. Die Einschränkung des Milchkonsums soll von den Landwirten sofort ins Werk gesetzt werden, so daß namentlich um die Zeit des 15. Februar besonders wenig Milch in Dresden eintreift. Sie haben es doch in Ihrer Hand, als landwirtschaftlicher Verein, voran die Mitglieder, welche das hauptsächlich Milchlieferanten nach Dresden sind, sofort in eine Versammlung einzuladen und diese dringend zu ersuchen, daß jeder seine Milchzeugnisse möglichst zu nächst (1) auf diese kurze Zeit einschränken muß, damit wir endlich zu unseren Zielen kommen. Wir erwarten Ihre tatkräftige Unterstützung und zeichnen hochachtungsvoll

Vertraulich! gez.: Sänfel.

Hier ist einmal der einwandfreie urkundliche Beweis dafür geliefert, auf welche Weise der heutigen Zeit schon irrendes Art und Weise die Milchpreise auszuwachsen werden. Es ist gleichgültig, daß dieses Dokument aus dem vorigen Jahre stammt, es wird seinen traurigen Wert für alle Zeiten behalten.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Rohstoffenerzeugung der Welt.

Bevor die Rohstoffenerzeugung der Welt in den Jahren 1913, 1914 und 1915 läßt sich nur mehr ein Überblick gewinnen, der ergibt, daß die Erzeugung gegenüber dem Jahre 1914 zwar eine mäßige Zunahme erfahren hat, gleichwohl aber hinter denjenigen des Jahres 1913 immer noch erheblich zurückbleibt. Im einzelnen waren an der Rohstoffherstellung die verschiedenen Länder wie folgt beteiligt (in Tonnen):

	1913	1914	1915
Vereinigte Staaten	31 461 610	23 705 458	30 394 872
Deutschland	19 309 172	14 389 547	11 790 199
Großbritannien	10 649 628	9 140 092	8 934 355
Die drei Hauptländer	61 420 410	47 244 097	51 119 429
Canada	1 128 987	783 164	928 339
Oesterreich-Ungarn	2 389 964	2 020 089	1 980 000
Frankreich	5 311 316	5 025 000	4 750 000
Belgien	2 481 690	1 560 000	—
Italien	426 735	385 340	395 000
Japan	4 348 393	4 261 005	3 896 530
Spanien	424 744	435 000	419 000
Schweden	780 300	635 100	767 600
Andere Länder	550 500	495 000	480 000
Zusammen	79 895 472	62 844 609	64 515 925

Danach hat also, was insbesondere Deutschland und Großbritannien angeht, deren Rohstoffenerzeugung im Jahre 1915 gegenüber dem Jahre 1914 eine beträchtliche Abnahme erfahren. Diejenige der Vereinigten Staaten war dagegen bereits wieder in aufsteigender Bewegung begriffen; sie war um rund 6,6 Millionen Tonnen größer als im Jahre zuvor. Der Anstieg, von den Verbänden an die Vereinigten Staaten gegebenen Kriegsaufträge äußern darin ihre Wirkung. Die belgische Rohstoffenerzeugung war im Jahre 1915 ganz weggefallen, die russische hatte gegenüber den beiden Vorjahren einen weiteren Rückgang aufzuweisen, ebenso die französische. Dagegen war die schwedische Rohstoffenerzeugung mit 767 600 To. sogar noch größer als im Friedensjahre 1913. Im laufenden Jahre ist — der Ent-

wicklung der Rohstoffenerzeugung insoweit eine Veränderung eingetreten, als Deutschland in den ersten sieben Monaten dieses Jahres bereits 1 050 408 To. Rohstoffen mehr hergestellt hat als in dem entsprechenden Abschnitt des Vorjahres. Auch die amerikanische Rohstoffenerzeugung weist eine ansehnliche Zunahme auf. Ebenso dürfte auch England vergrößerte Aufstellungen gemacht haben, um seine Rohstoffenerzeugung wieder zu steigern. Es kann indes an die deutsche Rohstoffenerzeugung bei weitem nicht heranreichen und in diesem Jahre um so weniger, als auch die in Belgien und dem besetzten französischen Gebiet hergestellten Rohstoffmengen Deutschland zugute kommen.

Das Eisen- und Stahlwerk Hoechst A.G.

in Dortmund, wozu das Steinhilberbergwerk Ver. Westfalia (Kaiserstuhl 1/11) gehört, ist „recht gut durch den Krieg gekommen“, wie folgende Zusammenstellung zeigt:

	Kapital	Vertriebsgewinn	Rohstoffgewinn	Reingewinn	in % des Kapitals
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	
1908/09:	16 800 000	8 171 567	2 695 115	8 976 451	23,67
1909/10:	16 800 000	8 840 618	2 552 898	5 087 720	30,28
1910/11:	20 000 000	10 000 466	2 917 123	5 473 343	28,37
1911/12:	20 000 000	11 717 262	3 133 944	6 783 317	33,92
1912/13:	20 000 000	14 366 490	4 504 434	7 398 205	36,99
1913/14:	28 000 000	10 432 981	4 252 176	4 804 184	17,16
1914/15:	28 000 000	8 158 339	4 373 700	1 085 544	3,88
1915/16:	28 000 000	13 785 958	4 750 718	8 841 286	31,58

Bei solchen Vertriebs- und Reingewinnen kann das „Durchhalten“ nicht allzu schwer fallen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Eine merkwürdige „Arbeitsgemeinschaft“.

Die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ (Nr. 105) deutet einen interessanten Zusammenhang auf. Sie macht darauf aufmerksam, daß der in Eisen erscheinende gelbe „Wertverein“ mit großer Aufmerksamkeit die Streikigkeiten in der deutschen sozialdemokratischen Partei verfolgt und sich merkwürdigerweise auf die Seite der Streiktruppe stellt, welche die Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteitage im „alterradikalen“ Sinne auslegt. So habe das gelbe „Wertvereinblatt“ am 3. August geschrieben, der Beschluß des internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart 1907 laute, im Falle eines Krieges sei „mit allen Kräften“ an die Revolutionierung des Volkes und an die Befreiung der Klassen heranzutreten. Es sei „nicht zu leugnen“, behauptet das „Wertvereinblatt“, daß die Vertreter der anonymen „Flugblätter“ (welche zu Rußland und Straßburg aufstrebten), im sozialdemokratischen Sinne zu handeln glauben. Hierzu bemerkt die „Arbeiter-Zeitung“:

„Dieser aus Entstellungen und Unterstellungen gemischte gelbe Hergenberg geht auf das selbe Ziel los, wie die bekannten Auslassungen der sozialdemokratischen Parteiführer v. Scheideberg und Graf Westarp. Ganz erklärlich, weil die sozialdemokratischen Parteiführer, in deren Auftrag der „Wertverein“ erscheint, in innerpolitischen Fragen durchaus mit den sozialistischen Hochkonjunkturisten übereinstimmen. Es hat seinen Zweck, die denunziatorischen Unterstellungen des „Wertvereins“ zu zerlegen; unmittelbar können wir den Verfasser ja nicht, da er nicht anders schreiben darf. Nur betreffend den Beschluß des Stuttgarter Kongresses sei festgestellt, daß sich dort die deutsche Delegation unter Führung von Weber und Vollmar mit Entschiedenheit gegen den von Hervé (heute während der französischen Nationalität) empfohlenen Kriegskrieg gewandt haben, der denn auch nicht beschlossen worden ist! Vielmehr ist es jeder Landespartei überlassen worden, nach Lage der Verhältnisse in ihrem Lande für die baldmöglichste Beendigung des Krieges zu wirken. Parteivorstand und Generalkommission handeln darum durchaus im Sinne des Stuttgarter Beschlusses, wenn sie sich gegen Kriegskriegpropaganda wenden. Nach Lage unserer Verhältnisse hat unser Parteivorstand die entsprechenden Wege beschritten, um für den Frieden zu wirken.“

Es ist nun außerordentlich bezeichnend, daß ausgerechnet der gelbe „Wertverein“ dem Stuttgarter Beschluß partout eine Auslegung geben will, die sich mit der dort, die in den geheim verbreiteten Flugblättern vertreten wird!!! Die Sozialisten und der gelbe „Wertverein“ ziehen in der Auslegung des Stuttgarter Beschlusses an einem Strange!!! Warum wohl? Was ist das Ziel dieser — „Arbeitsgemeinschaft“?

In der Tat, eine sehr merkwürdige „Arbeitsgemeinschaft“. Das „Wertvereinblatt“ macht nun die Auffassung der sogenannten „sozialistischen Grundzüge“, wie sie in den bewußten Flugblättern unter dem Namen „Alterradikale“ vertreten wird, zu eigen! Es könnte es nicht ungern, wenn die Empfänger der anonymen Flugblätter den dort gegebenen patriotisch-anarchistischen Ratschlägen folgten. Aber das darf man ja nicht denken, wenn man überlegt, mit welchem Eifer der „Wertverein“ die „Streikgewerkschaften“ bekämpft. Und doch, erinnern wir uns der Tatsache, daß gelbe Wertvereiner an Verhandlungstischen heranzutreten sind, um sie gegen den Verband, der nicht, was die beste Zeit ist, nichts macht, sich zu machen, dann kann man ruhig werden über die merkwürdige „Arbeitsgemeinschaft“. Vielleicht erklärt uns der „Wertverein“, warum er so besorgt ist um die Aufrechterhaltung der gegen „sozialistischen Grundzüge“.

Der Fabrikarbeiterverband nach zwei Kriegsjahren.

Im Fabrikarbeiterverband beteiligten sich an der Mitgliederzählung am Schluß des 24. Kriegsjahres 389 Zahlstellen von 470 noch vorhandenen. Die berichtenden Zahlstellen umfassen jedoch nach dem Verbandssatz „etwa 95 vom Hundert aller noch vorhandenen Mitglieder“. Dem „Protokoll“ entnehmen wir weiter: „Neber die Gestaltung und Veränderung des Mitgliederbestandes in den berichtenden Zahlstellen gibt folgende Zusammenstellung Auskunft:

	männliche	weibliche	zusammen
Mitglieder am 1. August 1914	169 512	25 156	194 668
Mitglieder am 31. Juli 1915	59 981	18 870	78 860
Am 31. Juli 1916 weniger	109 531	6 277	115 808
Zum Heeresdienst eingezogen	91 137	—	91 137
Weniger als Verlust	18 394	6 277	24 671

Die Zahlen deuten sich fast mit denen, die für den Schluß des Monats Juni ermittelt wurden. Damals hatten zwar 401 Zahlstellen berichtet; weil jedoch einige größere ausfielen, war der Mitgliederbestand fast derselbe wie in den 389 Orten, die für Juli berichtet haben. Der Verlust war bei den männlichen Mitgliedern um 14 geringer, bei den weiblichen um 70 höher als für Juli. Es hat also eine nennenswerte Veränderung im Mitgliederbestande nicht stattgefunden. Am Juli sind 1116 Mitglieder dem Verbande beigetreten und 793 sind ausgeschieden; es sind also 321 mehr beigetreten als ausgeschieden. Gleichzeitig sind jedoch 369 Kollegen zum Heeresdienst einberufen worden, wodurch der Zuwachs wieder weitgemacht wurde. Der Monat Juli zeigt von den drei Monaten, über die sich die Zählung in ihrer jetzigen Form, d. h. unter Einbeziehung der Zu- und Abgänge, erstreckt, das günstigste Resultat. Im Mai traten 994 Mitglieder ein und 750 aus, im Juni 1239 bezw. 1108, im Juli 1116 bezw. 793. Der Heberberg der Zugänge über die Abgänge betrug demnach: im Mai 244, im Juni 131, im Juli dagegen 321. Dieser Heberberg führt nicht zu einer allgemeinen Mitgliederzunahme, weil er durch die Einziehungen zum Kriegsdienst, teils auch durch Todesfälle, Abreise usw. mehr als ausgeglichen wird. Immerhin ist es eine erfreuliche Erscheinung, daß der Mitgliederzuwachs den direkten Abgang übersteigt und damit die Verluste auf die unfreiwillige Abgabe der Einberufenen beschränkt werden. Im ersten Kriegsjahr, besonders in den ersten Kriegsmontaten, war das leider nicht der Fall. Damals überwiegen die Abgänge die Zugänge erheblich. Allerdings auch nicht infolge einer Steigerung der Austritte, sondern weil unübersichtlich wenig Mitglieder dem Verbande neu beitraten. Eine Mitgliederflucht hatte es — das muß immer wieder betont werden — im Verbande seit Kriegsausbruch zu keiner Zeit gegeben. Gemäß sind uns mehr Mitglieder unten geworden, als uns tief und dem Verbande müßig ist, aber es sind nicht mehr, sondern weniger gewesen als in Friedenszeiten.“

Internationale Rundschau.

Aus der holländischen Arbeiterbewegung.

Die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Holland wird deutlich illustriert durch eine halbamtliche Statistik, die sich bis auf die Verhältnisse am 1. Januar 1918 erstreckt. Danach ergab sich im Vereinigten Königreich der Niederlande insgesamt am 1. Januar 1915 am 1. Januar 1918

Nachverbände (Gewerkschaften) . . .	156	151
mit		
Ortsgruppen	8 878	8 557
Mitglieder	227 891	251 607
darunter		
weibliche	8 921	10 036

Diese Gesamtzahlen verteilen sich aber auf eine ganze Anzahl Gruppen und Minderheiten. Am 1. Januar 1918 wurden 339 (vorjährig 389) lokale Nachverbände mit 28 343 (28 008) Mitgliedern gezählt. Die mehr oder weniger streng zentral organisierten Gewerkschaftsgruppen verteilten sich auf folgende Gruppen:

	1. Januar 1915	1. Januar 1918
Niederl. Verband der Fachvereine	87 508 (38,52%)	90 511 (35,54%)
Bureau d. röm.-kath. Fachvereine	35 257 (15,51%)	40 833 (16,09%)
Nationale Arbeitersekretariate	9 242 (4,06%)	10 510 (4,18%)
Christlich-nationaler Fachverband	12 327 (5,42%)	15 013 (5,97%)
Verband der neutral. Fachvereine	4 877 (2,00%)	5 046 (2,01%)

Die Prozenzangaben betreffen den Anteil der einzelnen Gruppen an der Gesamtmitgliedschaft der gewerkschaftlichen Organisationen. Demnach umfasst der in engerer Verbindung mit der sozialistischen (parlamentarischen) Landesspartei stehende Niederländische Verband der Fachvereine allein über ein Drittel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Hollands. Das unter anarcho-syndikalistisch-parlamentarischen Einfluss stehende „Nationale Arbeitersekretariat“ hat nicht einmal 5 Prozent der Organisierten zur Nachfolge. Erheblich härter sind schon die dem Bureau der römisch-katholischen angeschlossenen Mitgliedschaften. Nun ist aber die „Christliche Arbeiterbewegung“ in sich wieder mehrfach gespalten. Die amtliche Statistik führt folgende nicht zentralisierten Fachvereinsmitglieder auf:

	1. Januar 1915	1. Januar 1918
Römisch-katholische	41 809	47 180
Interkonfessionell-Christliche	8 649	10 802
Protestantisch-Christliche	7 333	7 822

Es ist bemerkenswert, daß in dem überwiegend protestantischen Holland die Vereinsbildung unter den römisch-katholischen Arbeitern und Arbeiterinnen erheblich härter ist als unter den Protestanten. Die „Interkonfessionellen“ (Nichtung M.-Glabbad) werden von den holländischen Merkmalen meistens als „Modernisten“ betrachtet und dementsprechend behandelt. Daher ihre numerische Schwäche. Aus Furcht vor der „Kommissionierung“ der protestantischen Arbeiter in den interkonfessionellen Vereinen haben dann wieder protestantische Geistliche und Laien besondere „protestantische Fachvereine“ gebildet. Das religiös und national indifferente Unternehmertum ist natürlich über diese Arbeiterzersetzung hoch erfreut. Charakteristisch ist, daß sämtliche Gewerkschaftsvereinigungen in Holland trotz der Kriegszeit an Mitgliedern gewonnen haben.

Mikände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Seine Deutsche Kaiser IV. Die Zeit der langen Abende rückt wieder bedenklich näher und mit ihnen wird die Beleuchtungsfrage für manchen, dem weber Gas nach Elektrifizität zur Verfügung steht, brennend. Bereits voriges Jahr wurde dieserhalb seitens des Herrn Oberbergmeisters angeregt, daß die Hausbesitzer, wenn irgend möglich, Anstöße herstellen lassen sollen. Sondernher mutet es daher an, daß die Bewohner der Kolonie in Mittel-Weidrich in zwei besondere Klassen geteilt sind. In den Wohnungen der Hüttenarbeiter hat man Gas und Küche mit elektrischer Beleuchtung versehen lassen, während die Wohnungen der Vergleute ohne diese sind. In verschiedenen Wohnungen sind wohl im Laufe dieses Sommers einige Arbeiten in dieser Beziehung ausgeführt worden. Aber nun ruht zum Leidwesen der Vergleute die ganze Angelegenheit. Zudem kommt noch, daß die bedeutend höhere Miete zahlen müssen als die Hüttenarbeiter. Auf Nachfrage bei der betreffenden Wohnungsverwaltung wurde geantwortet, daß die Beleuchtungsanlage fertiggestellt wird. Wann soll das aber geschehen? Vielleicht erst, wenn die Poreluminaphosphat wieder so trag gut wie vor voriges Jahr? Trotzdem die Kolonienhäuser einem Konfessionum gehören, welches doch sicher auch über die erforderlichen Materialien und Leute zur Ausführung der Arbeit verfügt, ist es doch befremdend, wie hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Offenlich werden diese Häuser dahin, daß auch die Vergleute genannter Kolonie in kurzem mit der Beleuchtung bedacht werden.

Seine Gwald I und II (Wettertschacht). Im Revier 7 (Feld Rive) wurden von Arbeitern schon öfters Verletzungen geschehen, einem sogar zweimal das Genick zertrümmert. Fahrtreuer Einmännern ist dies bekannt, trotzdem ist er nicht eingegriffen. Das Krageladen ist ungeschiedelt, trotzdem wird es hier noch immer verlangt. Wegen Mindermaß werden Leute bestraft, die nichts mit dem Laden der Kohlenwagen zu tun haben. Es gibt hier wenig oder keine Dauer, die vor Kohle arbeiten und im Monat nicht weniger als 3 Mark Strafe wegen Förderns unreiner Kohlen oder Mindermaß haben. Das Gedinge ist aber bei weitem nicht so gesteuert, daß man die Strafe so schmerzlos vermeiden könnte. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß Besserung eintritt.

Seine Zentrum. Aus Kameradenkreisen wird uns geschrieben: Am 28. Juli fand für die Zeche Zentrum eine Ausschussung statt; der Bericht über dieselbe findet sich in der „Bergarb.-Ztg.“ vom 12. August. In diesem Bericht wird der Sauer-Durchschnittslohn auf 8,34 Ml. angegeben. Schreiber dieser Zeilen bezweifelt die Richtigkeit dieser Zahl, besonders bezüglich der Schachtanlage IV/VI in Leithe. Es ist sehr selten, daß eine Kameradschaft den genannten Lohn erreicht, und wenn man die einzelnen Beamten bei der Gehaltsfestsetzung auf den Sauer-Durchschnittslohn verweist und dieselben er sucht, ein Gedinge zu sehen, um einen solchen Lohn verdienen zu können, so erhält man zur Antwort: „Das geht nicht, ihr kommt mir zu hoch!“ Da nun nur vereinzelte Löhne in der genannten Höhe gezahlt werden, so haben wir die Vermutung, daß die angegebene Zahl (8,34 Ml.) für die gesamten Schachtanlagen in Frage kommt. Wenn dieses nun so ist, so möchten wir die Verwaltung ersuchen, den Sauer-Durchschnittslohn für Schacht IV/VI separat bekannt zu geben. Wir sind der Überzeugung, daß sich dann ein anderes Bild ergeben wird. Sodann möchten wir die Verwaltung ersuchen, die Preise für die geliefertsten Lebensmittel bekannt zu geben. Wie wir erfahren, ist dieses auch seitens des Ausschusses in der Sitzung geordert worden. Seitens der Verwaltung ist nun gesagt worden, die Arbeiter sollten Vertrauen zu ihr haben, es solle nicht mehr angerechnet werden, als was die Sachen kosten. Auch würden die Waren, wenn dieselben da wären, voraussichtl. oftmals eher, als die Preise für die Lebensmittel bekannt sein. Wenn dem nun auch so ist, so meinen wir aber doch, daß dann wenigstens nachträglich die Preise für die geliefertsten Waren bekannt gegeben werden sollten. Lohnstag steht vor der Tür, ohne daß die Belegschaft weiß, was ihr im Juli geliefertsten Lebensmittel kosten.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Die Versorgung der Gelben mit Lebensmitteln

erfolgt auf Zeche Katharina in Krak nach wie vor, wozu ein besonderer Raum über dem Materiallager bereitgestellt ist. Die Abgabe erfolgt zwar nicht mehr so auffällig wie früher. Bis Mitte August wurde der Lebensmittelverkauf an die Gelben immer durch Anschlag bekannt gegeben. Dann geschah das eine kurze Zeit nicht mehr. Am 24. August prangte aber wieder ein Anschlag, daß der Lebensmittelverkauf am nächsten Tage an die Gelben erfolge. Die Erregung bei den übrigen Belegschaftsmitgliedern ist dadurch noch größer geworden. Sie fragen sich, wo kommen diese Lebensmittel her? Wiederholt sind Bohnen und Margarine von der Zeche auch an die übrigen Belegschaftsmitglieder verkauft worden. Wenn diese dann mit ihrem halben Pfund Margarine oder ihren zwei Pfund Bohnen an dem „Laden der Gelben“ vorbeikamen, konnten sie beobachten, wie diese Lebensmittel in größerer Menge erhielten. Während also

die übrige Belegschaft nur sehr wenig erhielt, war in dem „Laden der Gelben“ recht viel zu haben. Allerdings behaupten die Gelben, alles von ihrer „Belegschaftsgemeinschaft“ zu erhalten. Ueber diese „Belegschaftsgemeinschaft“ ist sich niemand im Zweifel. Um so aufrege der wirkt die Bevorzugung der Gelben. Die Arbeiter fragen sich aber auch weiter, was diese „Belegschaftsgemeinschaft“ kann, muß das Kriegs-ernährungsamt können, sonst mag es abhandeln.

Karl Blümann.

Am 5. August 1918 hat der Tod einen tüchtigen Mitstreiter in der Person des Kameraden Karl Blümann in Wellingshofen aus unserer Reihen gerissen. Er gehörte dem Verbande seit dem 18. Juni 1904 an und hat stets in den vorerwähnten Reihen mitgeschritten. Mehrere Jahre war er Vertrauensmann der Zählstelle Wellingshofen. Ferner gehörte Blümann der Agitationskommission des Bezirks an. Von 1911 bis 1913 war er Mitglied des Kontrollausschusses unseres Verbandes. Die letzte Generalversammlung wählte ihn zum stellvertretenden Mitgliede des Kontrollausschusses. Da der Kontrollaus schuß durch Einberufungen zum Kriegsdienst geschwächt war, so wurde Blümann Ende Juli wieder in den Ausschuß berufen. Es war ihm jedoch nur vergönnt, an einer Sitzung des Kontrollausschusses teilzunehmen, dann rief ihn der Tod für immer aus unserer Reihen. Die Kameraden des Bezirks Wellingshofen-Sörbe wissen, was sie an Blümann verloren haben. Zahlreich war die Beteiligung bei der Beerdigung unseres Freundes. Alle, die sein wiederholtes Wesen, seine Tatkraft für die Sache der Arbeiter und besonders der Bergarbeiter, kannten, werden ihm ein irdenes Andenken bewahren.

Hermann Pohl.

Die Mitglieder der Zählstelle Marten betrauern in dem auf dem Schlachtfeld gefallenen Kameraden Hermann Pohl einen ihrer besten. Pohl war bis zu seiner Einberufung zum Kriegsdienst erster Vertrauensmann der Zählstelle Marten. Wo es galt, die Interessen der Vergleute zu wahren, da war Pohl zur Stelle. Nun hat er seinen Tod in diesem schrecklichen Vorkommnis, dem schon viele unserer Weilen zum Opfer gefallen sind, gefunden. Möge er in fremder Erde sanft ruhen. Die, die Pohl kannten, werden seiner stets gedenken.

Belegschaftsversammlung der Zeche Waldur.

In dieser Belegschaftsversammlung, welche am 20. August in Solterhausen bei Datteln stattfand, wurden auch Beschlüsse gefaßt, welche trotz öfterer Vortragung durch den Arbeiterschuß nicht abgestimmt wurden. So klagten zwei Kriegsdienstliche über recht niedrigen Lohn. Einer davon gab an, daß er weniger Lohn habe wie gleichartige Arbeiter, er müsse aber dieselbe Arbeit verrichten. Beide erklärten es für freiwillig, daß sie die ihre gesunden Knochen fürs Vaterland geopfert hätten, jetzt dafür im Lohn bedrückt würden. Ueber die Waise wurde ebenfalls gefaßt. Es wird als ungebühr empfunden, daß sich die Jungens von 14 bis 16 Jahren zwischen den Erwachsenen waschen müssen. Dann wurde über die schlecht laufenden Wagen gefaßt sowie über die Lampen. Viele Lampen brennen nur eine halbe Schicht. So kommt der Arbeiter denn in dieser Zeit oft noch um den Verdienst einer halben Schicht, weil doch im Dunkel feiner arbeiten kann. Auffallende Klagen kamen über schlechte Bekleidung der Arbeiter. Sogar Leute, welche im Dienste der Zeche ihre Knochen verloren, werden schlecht behandelt. Ueber den Rechnungsführer Zirkland kommen immer dieselben Klagen nun schon seit langer Zeit. Schreie der Betriebsführer über Fahrtreuer einen Schein für Vorwärts, so streicht der Rechnungsführer einfach eine Summe ab, wenn ihm solches so paßt. Oft auch geht er gar nichts an. So macht er es auch mit den Unterhaltungsgebern. Hat der Ausschuß jemand eine Unterstützung aus der Unterhaltungsliste bewilligt und ist die Unterweisung über Auszahlung auch von 5 bis 6 Personen unterzeichnet, so bringt der Rechnungsführer es fertig, auch hiervon Abstrichungen zu machen. Der Betriebsführer scheint ihm gegenüber auch ohnmächtig zu sein, denn er gab den beschwerdeführenden Arbeitern den Rat, sie sollten sehen, daß sie mit dem Rechnungsführer auskommen. Auf diese Weise wird doch dem Burgfrieden sicher nicht gebietet.

Belegschaftsversammlung der Zeche Shamrod.

Am 20. August fand im Saale des Herrn Kampmeier in S. r. n. eine von 1000 Personen besuchte Belegschaftsversammlung der Zeche Shamrod (Schacht I und II) statt. Nach dem Bericht des Arbeiterschußes und einer ausgiebigen Diskussion wurde der Arbeiterschuß beauftragt, nochmals mit der Grubenverwaltung zu verhandeln und sie zu ersuchen, erstens den Lohn für Sauer zu steigern und zwar so, daß Löhne unter 9 Mark pro Schicht nicht mehr zur Auszahlung gelangen; zweitens, die Löhne der sonstigen unterirdischen Arbeiter und Nebentagsarbeiter zu erhöhen; drittens, den Wägen der verbrannten und im Kriege gefallenen Belegschaftsmitglieder die Hausbrandkosten zu dem Preise von 2,85 Ml. zu überlassen. Sollte die Verwaltung hierfür nicht zu haben sein, soll der Arbeiterschuß dieselbe ersuchen, dann den Wägen nicht mehr als die Hälfte des Verkaufspreises abzunehmen; viertens, mehr, billige und gute Lebensmittel zu besorgen.

Wir sind überzeugt, daß die Grubenverwaltung, soweit sie dazu in der Lage ist, die geäußerten Wünsche erfüllen wird. Zum Beweis dafür, daß sie bestrebt ist, alle Wünsche der Belegschaft zu erfüllen und zu berücksichtigen, dient die Tatsache, daß sie in diese Versammlung mehrere Stenographen geschickt hatte.

Lohnerhöhung auf Zeche Hamburg-Ringeltaube.

Zu unserer Notiz in Nr. 30 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 22. Juli erhielten wir folgende Berichtigung:

Es ist unrichtig, daß die Direktion im Laufe der Verhandlungen vor dem Herrn Bergrevierbeamten erklärte, daß die Löhne auf Hamburg-Ringeltaube weiter zu steigen sollten, wie in den letzten Monaten, bis sie mit den Löhnen der umliegenden Zechen gleich ständen, mit denen sie dann gleich bleiben sollten.

Richtig ist, daß die Direktion nach ausführlicher Darlegung der Gründe, weshalb die Löhne auf den Schachtanlagen Hamburg I/II und Hamburg-Ringeltaube nicht so hoch stehen können, wie auf den benachbarten Zecheanlagen, die Zugabe gemacht hat, die Lohnsteigerungen in gleichen Verhältnis wie auf den Nachbarzechen andauern zu lassen.

Es ist ferner unrichtig, daß der alte Arbeiterschuß für Hamburg I/II und Hamburg-Ringeltaube inzwischen ausgetauscht ist und an dessen Stelle organisierte Kameraden stehen.

Richtig ist, daß zwei Mitglieder von dem vier Vertreter zählenden Arbeiterschuß von Hamburg und Hamburg-Ringeltaube infolge von Krankheit beginnender Invalidisierung ihre Amt niedergelegt haben und daß die inzwischen vorgenommene Ersatzwahl zwei Mitglieder des „alten“ Bergarbeiterverbandes in den Arbeiterschuß gebracht hat.

Geislerkirchen, den 12. August 1918.

Gesamtirischer Bergwerks-Aktien-Gesellschaft.

(Namen unleserlich.)

Hier haben wir dieselbe Erscheinung wie beim Streik auf Zeche Vergmann in Witten im Frühjahr 1911. In wiederholten Berichtigungen wurden da auch die vom Arbeiterschuß behaupteten Zugeländnisse von der Verwaltung entschieden bestritten. Um sich solche Erfahrungen zu sparen, sollten die Arbeiter grundsätzlich alle Vereinbarungen nur schriftlich treffen. Jedenfalls wird sich unser Gewährsmann hierzu noch äußern.

Der zweite Teil der Berichtigung ist im Grunde genommen nur ein Spiel mit Worten. Jedenfalls sind die beiden unorganisierten Arbeiterschußmitglieder ausgeschieden; die Ursache, warum das geschah, ist gleichgültig und berührt die Tatsache an und für sich nicht im geringsten. Aber: mit Worten läßt sich trefflich streiten — mit Worten auch eine Berichtigung bereiten.

Eiserne Dauerwaren!

Aus H. L. n. wird uns geschrieben: Wer noch im Zweifel darüber sein sollte, wo die „durch die Artikelübersicht bezeichneten Waren“ zu haben sind, möge sich vertrauensvoll an die Zeche W. f. a. l. n. wenden. In einer wichtigen Belegschaftsversammlung dieser Zeche, welche am 6. August in W. f. a. l. n. stattfand, wurde festgestellt, daß man Lebensmittel in größeren Mengen, welche die Zeche, auf Anregung des Arbeiterschußes für die Belegschaft bezog, auf alle mögliche Art und Weise verschleppte. Bei einer Besprechung zwischen Ausschuß und Generaldirektor am folgenden Tage stellte sich letzterer Herr zwar auf den grundsätzlichen Standpunkt, daß die Zeche mit den Lebensmitteln machen könne, was sie wolle, versprach aber doch, in der Verteilung derselben sofort eine Änderung zum Besseren einzutreten zu

lassen. Wie diese Besserung nun tatsächlich aussieht, zeigt folgender Vorfall:

Werden da, am 17. August, von der Zeche zwei Körbe, adressiert nach W. o. r. t. u. n. d., auf den Bahnhof W. f. a. l. n. aufgegeben mit der ausdrücklichen Bezeichnung: „Altes, unbrauchbares Werkzeug“. Nun gibt es unter den Kumpels aber nicht nur Leute, welche über ein derartig fein ausgeprägtes Geruchsbildungsvermögen verfügen, daß sie, aller Wissen schaft zum Trotz auch ohne Wetterlampe, das Vorhandensein von Schlagwettern feststellen können, sondern auch, ohne sich auf etwas anderes, als ihre Nase verlassen, den Unterschied zwischen altem Eisen und Speck, Schinken usw. sehr wohl zu finden wissen. Die Untersuchung durch einen Genbarmerienwachmeister, der auf die Ulfen sendung aufmerksam gemacht wurde, hatte folgendes Ergebnis: Besagte Körbe mit der Aufschrift: „Altes, unbrauchbares Werkzeug“ enthielten selbe Dauerwaren, und zwar sechs Schinken und eine erhebliche Menge geräucherter Speck. Als Absender kommt der Materialienverwalter in Frage. (Und wer sollte der Empfänger sein? Neb.) Die Kumpels sind nun sehr gespannt, zu erfahren, wie die Sache auslaufen und was man für Kunststücke in Anwendung bringen wird, um diese Schiebung zu begründen.

Den Gelben ins Stahnbuch.

Immer wieder heißt es: Dieser Reichskämmerer hält sich ja nur auf die Sozialdemokratie und auf einige pazifistisch (friedensfreundlich) angehauchte Verfassungspolitiker. Soll ich in diesem Kriege, wo es nur Deutsche gibt, nicht an Parteien halten? Wohl weiß ich es, daß die Unterscheidung zwischen nationalen Parteien und anderen in den politischen Kämpfen vor dem Kriege viel bedeutet hat. Aber es wird doch die schönste Frucht sein, die dieser Krieg uns im Innern bringt, daß wir die Unterscheidung in Zukunft endgültig fahren lassen, weil sie keine Berechtigung mehr hat, weil sich das Nationale eben von selbst versteht.

Reichskämmerer v. Bethmann-Hollweg

am 5. Juni 1918 im Reichstag.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Bezirkskonferenz für den Bezirk Zeit-Mittenburg.

Anfang August tagte in Zeit in Mittenburg eine Konferenz unseres Verbandes für den Bezirk Zeit-Mittenburg, die von 110 Arbeiterschuß und Grubenkommissionsmitgliedern besucht war. Die Konferenz beschäftigte sich mit den Lohn- und Ernährungsfragen der Berg- und Hüttenarbeiter und Arbeiterinnen.

Zur Lohnfrage wurde besonders hervorgehoben, daß das Gedinge während der Kriegszeit für die Arbeiter auf keinem Wert erhöht worden sei; wenn jetzt etwas mehr verdient würde als in Friedenszeiten, so ist dies auf die Leberarbeit, welche geleistet wird, zurückzuführen. Da die Unternehmer auf die Eingabe im Mai um Erhöhung der bisher gewährten Leberarbeitszulagen wenig Entgegenkommen gezeigt haben, die günstigen Geschäftsergebnisse eine weitere Zulage ganz gut gestatten, wurde beschlossen, erneut eine Eingabe an die Unternehmer zu richten, in welcher eine 10-prozentige Lohnerhöhung und Beseitigung der großen Lohnunterschiede bei den Hüttenarbeitern gefordert wird.

Klagen wurden bei der Ernährungsfrage erhoben. Die Arbeiter an Lebensmitteln, welche jetzt gewährt würden, seien zu gering, damit könnten die Arbeiter nicht auskommen. Auch das Bestreben der Unternehmer in Veranschlagung von Lebensmitteln hält man nicht für angebracht; dadurch würde nur eine ungerechte Verteilung vollzogen und Mißmut unter die Arbeitererschaft gebracht. Abhilfe könnte dadurch geschaffen werden, wenn die Verteilung der zugefügten Zulagen an Lebensmitteln durch die Gemeinden erfolge.

Auf Anregung der Bezirksleitung nahm man auch zu der hilfsbedürftigen Lage der Berginvaliden Stellung. Die Renten, die während der Kriegszeit trotz der hohen Kosten der Lebensmittel, mühen entsprechend erhöht werden, damit auch den Berginvaliden das Durchhalten erleichtert würde. Die Bezirksleitung wurde beauftragt, wegen Aufbesserung der Renten eine Eingabe an den Vorstand der Norddeutschen Knappschafts-Pensionskasse zu richten.

Die Eingaben sind von der Bezirksleitung ausgearbeitet worden und jetzt den Unternehmern, den Vorständen der Kommunalverbände und dem Vorstand der Norddeutschen Knappschafts-Kasse zu gestellt worden. Hoffen wir, daß der richtige Weg gefunden wird, damit die Arbeiter und Invaliden die gewünschte Erleichterung erreichen.

Königreich Sachsen.

Keine Antwort ist auch eine Antwort.

Wir erhielten folgendes Schreiben:

„Zwickau, den 24. Juli 1918.
In Ihre Zeitung ist aus dem „Glückauf“ eine Zusammenstellung über die im Zwickauer und Lugau-Oelsnitzer Revier gezahlten Löhne entnommen worden, in der die Steigerung der Löhne der Förderleute auffallend hinter der Steigerung bei den übrigen Arbeiterklassen zurückgeblieben ist.“

Der Grund dieser Erscheinung ist in unserem Geschäftsbericht angegeben, in den Auszug des „Glückauf“ aber nicht übernommen worden. Er ist darin zu finden, daß im Jahre 1916 von Vierteljahr zu Vierteljahr mehr jugendliche Arbeiter als Förderleute unter Tage beschäftigt wurden, deren Lohn naturgemäß den Durchschnittslohn der Klasse herabdrückte.

Wir überlassen es Ihnen, von dieser Mitteilung Gebrauch zu machen. Hochachtungsvoll!
Der Vorstand des Bergb. Vereins für Zwickau u. Lugau-Oelsnitzer Revier.

Wir antworteten hierauf, daß wir dem geäußerten Wunsch entsprechen wollten, obwohl uns an der beendigten Unterlassung keine Schuld trifft. Um aber derartige Unterlassungen zu vermeiden, seien wir zu einem Austausch der beiderseitigen Geschäftsberichte bereit. Bisher haben wir noch keine Antwort erhalten. Keine Antwort ist auch eine Antwort.

Der Vorgang, so bedeutungslos er an und für sich ist, ist bezeichnet für die Art der Werkbesteller. Von unserer Pflichterwartung man, daß wir dem geäußerten Wunsch entsprechen, obwohl wir zu nichts verpflichtet sind; sich selbst aber setzt man über die einfachsten Formen der Höflichkeit hinweg.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 36. Woche (vom 27. August bis 2. September 1918) fällig. Wir bitten unsere Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge befohlen zu sein.

Rechtschuß betreffend.

Merientbad (Vohringen). Sprechstunden finden jeden Dienstag von 1 bis 3 1/2 Uhr statt. Es wird gebeten, die Zeit inneguhalten.

Sterbetafel

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

Fritz Köster, Stodum.	Robert Wed, Friedrichsgrün.
Franz Schilwinski, Stodum.	Robert Wed, Friedrichsgrün.
Herm. Alexander, Werne b. Lgr.	Robert Wed, Friedrichsgrün.
Gust. Grubowski, Werne b. Lgr.	Robert Wed, Friedrichsgrün.
Jos. Schlicht, Werne b. Lgr.	Robert Wed, Friedrichsgrün.
August Henrich, Werne b. Lgr.	Robert Wed, Friedrichsgrün.
Anton Schimmon, Wellingshofen.	Robert Wed, Friedrichsgrün.
Otto Mielert, Wellingshofen.	Robert Wed, Friedrichsgrün.
Paul Richter, Marl.	Robert Wed, Friedrichsgrün.
Georg. Erdkamp, Mittenbügge.	Robert Wed, Friedrichsgrün.
Franz Wiesemann, Printhop.	Robert Wed, Friedrichsgrün.
Oskar Bachmann, Friedrichsgrün.	Robert Wed, Friedrichsgrün.

Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!

Achtung Knappschaftsälteste!

Kommision Gelfentkirchen

Sonntag, den 3. September 1918, vormittags 9 Uhr,

im Saale des Herrn Bredebeck in Sauer.

Kommisionsitzung